

Ich schließe damit den Tagesordnungspunkt 6 und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3**

**Thüringer Gesetz zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels
(Thüringer Klimagesetz – ThürKlimaG –)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 6/4919 -

(Präsident Carius)

ERSTE BERATUNG

Ich gehe davon aus, dass die Ministerin das Wort zur Begründung wünscht. Frau Ministerin Siegesmund, Sie haben das Wort.

Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, liebe Gäste auf der Tribüne! Vor allen Dingen, wenn ich ins Rund blicke – dies ist ein Gesetzentwurf, der sich auch mit Rückblick auf den eben abgeschlossenen Tagesordnungspunkt um die Zukunftsfähigkeit des Landes dreht. Es geht um Klimaschutz und die Vorlage eines Klimagesetzes für das Land Thüringen. Denn da sitzt die Generation, die es betrifft zur Frage, wie unsere Lebensqualität im Land aussehen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Jahr 2018 begann mit einem Rekord. Ich wage zu behaupten, die meisten von Ihnen haben diesen Rekord verschlafen. Dieser Rekord fand morgens um 6.00 Uhr am 01.01.18 statt und die Erneuerbaren haben in dieser Zeit am 01.01., morgens gegen 6.00 Uhr 95 Prozent des gesamten Strombedarfs der Bundesrepublik abgedeckt. Das war ein einmaliges Ereignis, mag jetzt der eine oder andere von Ihnen denken und in Spitzenzeiten mag das möglich und auch interessant sein. Derjenige und diejenige, die das denken, haben auch recht, aber an dieser Stelle ist dieses Ereignis auch ein Beispiel dafür, was eigentlich geschafft worden ist seit der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Jahr 2000. Niemand oder wenige Menschen haben damals gedacht, dass 18 Jahre danach so eine Möglichkeit besteht, fast 100 Prozent Erneuerbare im Stromnetz zu haben. Damit meine ich Strom aus Wind, Sonne, Wasserkraft und Biomasse.

Wenn man sich die Zahlen noch einmal anschaut: Jahr 2007 – unser Strommix bestand unter anderem aus 21 Prozent Atomkraft, 46 Prozent Kohle, 13 Prozent Erneuerbaren und nur zehn Jahre später, nämlich 2017 sind wir bei 11 Prozent Atomstrom. Der Atomausstieg ist richtig, unumkehrbar, aber noch sind es 11 Prozent, 36 Prozent Kohle – da sind wir schon beim CO₂-Problem – und 33 Prozent Erneuerbare. Innerhalb von zehn Jahren eine Verdreifachung des Anteils der Erneuerbaren, das ist der richtige Weg, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Erfolgsmeldung setze ich aber die vor einigen Tagen veröffentlichte Studie einer Forschergruppe aus den USA, aus Colorado, entgegen. Dazu ist zu berichten, dass der Meeresspiegel bis zum Jahr 2100 deutlich schneller steigt als ursprünglich angenommen, dass wir inzwischen im globalen Vergleich eine Erwärmung von über 1,3 Grad weltweit haben, die Gletscherschmelzen verursacht. Wir haben es in Thüringen auch mit einer Erwärmung, mehr Extremwetterereignissen, trockeneren Sommern, deutlich weniger Niederschlägen, mehr Stürmen und anderen, beispielsweise Hochwasserereignissen zu tun und sind mitten im Klimawandel. Der Klimaforscher Prof. Schellnhuber hat also völlig recht, wenn er sagt, die globale Erwärmung ist die „größte längerfristige Bedrohung unserer modernen Zivilisation“. Das ist in vielen Ecken und Enden dieser Welt zu erkennen, aber natürlich auch bei uns. Da knüpfe ich sehr gern an Professor Klaus Töpfer an, der vergangene Woche auf unserer Erneuerbare-Energien-Konferenz gesprochen hat, was alle

(Ministerin Siegesmund)

angeht, sagte er, das können auch nur alle lösen. Damit ist auch die Frage berechtigt: Was leistet Thüringen, um beim Thema „Klimaschutz“ deutlich voranzugehen?

Unser Klimarat in Thüringen warnt eindeutig, was gesundheitliche Beeinträchtigungen betrifft. Das ist das eine, dass gerade ältere Menschen in den durchschnittlich heißeren Sommern der letzten Jahre gesundheitlich beeinträchtigt sind. Die Forstbereiche betreffend, nehmen wir den Waldumbau so vor, dass es, was den Klimawandel betrifft, entsprechende Vorsorgemaßnahmen gibt. Die Landwirtschaft wird sich auf trockenere Sommer einstellen müssen. Viele Bereiche sind davon betroffen. Deswegen lohnt es sich, darüber zu reden: Wie bereiten wir uns vor?

Ich will aber noch einmal einen globalen Blick werfen. Wenn wir wissen, dass sich gerade auch die Bundesrepublik in Paris 2015 dazu bekannt hat, Klimaschutzziele zu erfüllen, und wir in Bonn – ich war bei der Weltklimakonferenz vergangenes Jahr im November in Bonn dabei – dies auch noch einmal bekräftigt haben, dann nützen nicht nur warme Worte, sondern da muss man auch handeln. Das ist unsere Aufgabe übrigens auch in Thüringen.

Mit Blick auf den Bund – ich sage das so offen – hätte ich mir schon gewünscht, dass wir gerade beim Kohleausstieg, bei einer CO₂-Steuer oder anderen Themen deutlicher zeigen, was für eine Vorreiterrolle wir gehen wollen. Wenn selbst der Bundesverband der Energiewirtschaft mit Blick auf die deutsche Energiepolitik derzeit davon spricht, dass es mutloses Mikromanagement ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann ist doch klar – und das war auch der Geist der Weltklimakonferenz in Bonn –, dass es umso mehr auf die Regionen ankommt, die ihren Beitrag leisten. Mit Regionen meine ich die Kommunen, die Gemeinden, die Städte, die Unternehmen, die Landkreise und natürlich auch die Länder.

Da reiht sich Thüringen beispielsweise ganz gut ein in ein Abkommen gemeinsam mit Kalifornien und vielen anderen Regionen der Welt unter dem Titel „Under2 MOU“. Wir als Region wollen das Ziel 2 Grad verstetigen und dazu unseren Beitrag leisten.

Wir wollen einerseits die Verringerung der Treibhausgasemissionen vorantreiben. Wir wollen eine Klimaschutzstrategie auf den Weg bringen. Wir wollen ein klimaverträgliches Energiesystem. Wir wollen nachhaltige Mobilität stärken. Wir wollen kommunalen Klimaschutz stärken, einen klimaneutralen Gebäudebestand. Wir wollen Vorbild sein bei den öffentlichen Stellen. Und wir wollen die Anpassung an den Klimawandel vorantreiben. Das sind die acht Punkte, die im Klimagesetz stehen. Lassen Sie mich zu den einzelnen acht Punkten kurz ausführen.

Punkt 1 – Treibhausgasminderung –: Erstmalig legen wir in Thüringen konkrete Ziele zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes im Vergleich zum Jahr 1990 fest. Bis zum Jahr 2030 sollen die Emissionen um 60 bis 70 Prozent sinken, bis zum Jahr 2040 um 70 bis 80 Prozent, bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent. Handlungsleitend ist die jeweils maximale Emissionsreduktion, das heißt, Sie können das Ganze auch runterbrechen auf die Formel 70-80-95 bis zum Jahr 2050.

Da komme ich zum zweiten Punkt. Wie kommen wir denn da hin? Wenn man sich die Energieversorgung in Thüringen anschaut, sieht man, dass es tiefhängende Früchte nicht gibt, sondern dass wir eine Klimastrategie – das ist Punkt 2 des Klimagesetzes – brauchen, die auch den Weg dahin beschreibt. Wir haben im vergangenen Jahr einen breiten Dialogprozess gestartet, viele Work-

(Ministerin Siegesmund)

shops durchgeführt, speziell mit Kommunen für die verschiedenen Themenfelder der Energieversorgung, der Wirtschaft, des Verkehrs, der Gebäude, der privaten Haushalte. Die 53 Maßnahmenvorschläge, die daraus erwachsen sind, liegen der Thüringer Landesregierung als erste Klimastrategie vor. Wenn Sie so wollen, ist das Klimagesetz mit seinen Zielen der Buchdeckel der Ziele, die wir für Thüringen erreichen wollen, und die Klimastrategie füllt auf den einzelnen Seiten den Weg dahin, damit das Ganze auch entsprechend umgesetzt werden kann. Von Anfang an – das zeigt die Diskussion zur Klimastrategie ganz besonders – setzen wir dabei auf Teilhabe und Akzeptanz. Einen so breiten Diskussionsprozess zu einer solchen Strategie hat es bislang in dieser Form nicht gegeben.

Punkt 3 des Klimagesetzes – Aufbau eines klimaverträglichen Energiesystems –: Ja, 100 Prozent Erneuerbare bis 2040 in Thüringen sind möglich. Übrigens ist auch gestern wieder beim parlamentarischen Abend der Handwerkskammer klar geworden, dass es da auch um regionale Wertschöpfung geht. Wer baut denn die Solarmodule auf die Dächer der Thüringer? Das ist natürlich das Handwerk.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer kümmert sich darum, dass das Ganze gewartet wird? Das ist das Handwerk. Das meine ich mit regionaler Wertschöpfung, die wir stärken sollten. Ja, bis 2040 haben wir ein ambitioniertes Ziel, aber es ist möglich. Es ist möglich, wenn wir den Dreiklang, den wir bislang haben, auch konsequent verfolgen. Der heißt: Energie sparen, Effizienz steigern und Erneuerbare ausbauen. Wenn wir diesen Weg konsequent gehen, wenn wir ein Mehr an Energieeffizienz gerade im Bereich Sektorkopplung Wärme, Verkehr und Strom auf den Weg bringen – und das ist unser erklärtes Ziel, aus der Stromwende eine echte Energiewende zu machen, indem man die drei Sektoren verbindet –, dann ist das denkbar. Ja, dazu gehört auch ein Flächenziel, was wir im Klimagesetz festschreiben, für den Ausbau von Windenergie von 1 Prozent. Das will ich auch mal sagen: Herr Gruhner, wenn Sie sich vor jedes potenzielle Windrad stellen und verhindern wollen, dass wir in Thüringen den Windenergieausbau mit Augenmaß – wie Sie zu Recht sagen – im Übrigen vorantreiben, dann erklären Sie mal den Leuten, wie, wenn es um große Gleichstromtrassen geht, die dezentrale Energiewende vorgebracht werden kann. Sie müssen sich an der Stelle auch mal langsam entscheiden, was Sie wollen – dezentrale Energiewende oder den Leuten ein X für ein U vormachen, denn der Strom muss ja irgendwoher kommen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir bieten nicht Populismus, sondern Förderprogramme, wie zum Beispiel „Solar Invest“. Wir bieten beste Beratung für die Kommunen, da kann man auf uns zählen.

Punkt 4 im Klimagesetz – nachhaltige Mobilität –: Nicht nur mit Spannung erwarten Sie das heutige Urteil, wir natürlich auch, aber die Frage, die sich natürlich zu stellen ist, ist: Wie kriegen wir das denn hin, dass wir im Bereich Verkehr tatsächlich die Emissionen senken? Es ist übrigens nicht die Energiewirtschaft, die nicht liefert. Der BDEW hat kürzlich Statistiken veröffentlicht. Die Energiewirtschaft senkt deutlich ihre Emissionen. Es ist der Bereich Verkehr, der nach wie vor die größten Potenziale bietet. Wir haben dazu als Landesregierung natürlich auch entsprechende Programme auf den Weg gebracht, Stichwort „E-Busse“ für die Kommunen, Stichwort „Ausbau der Elektromo-

(Ministerin Siegesmund)

bilität“ mit dem Ladesäulennetz, mit übrigens allen regionalen Energieversorgern in Thüringen. Das ist bundesweit einmalig. Alle Stadtwerke hinter einer Ausbaustrategie versammelt setzen das Ganze um. Aber wir müssen die nächsten Schritte gehen und deswegen wird die Landesregierung auch im Mai einen Masterplan „Elektromobilität“ vorlegen und beim Bereich Verkehr auch nicht locker lassen. „Kluge Mobilität“ ist das Gebot der Stunde, die wollen wir unterstützen und da gibt es viele klimafreundliche Alternativen, die natürlich Mobilität alltagstauglich und verbraucherfreundlich gestalten.

Punkt 5 – kommunaler Klimaschutz und öffentliche Fernwärmeversorgung –: Es geht eben darum, unsere Partner, nämlich die Gemeinden und Landkreise, mitzunehmen auf diesem Weg, auf dem Weg des Erreichens der Klimaschutzziele. Nordhausen, der Ilm-Kreis oder Bad Tennstedt gehen da übrigens wie viele andere Kommunen und Landkreise mit gutem Beispiel voran. Sie erstellen bereits Wärmeanalysen, Wärmepläne, Klimaschutzkonzepte. Das ist der richtige Weg. Wir helfen beim Priorisieren, wenn es darum geht: Wo investiert die Gemeinde als Nächstes? Ist es eher die Sanierung des Schwimmbades, weil die Energieeffizienz-Gewinne am höchsten sind, oder ist es die LED-Beleuchtung im Ort? Da helfen unsere Konzepte übrigens auch bares Geld sparen, und das ist der Weg, den wir gemeinsam mit den Kommunen gehen wollen. Gleichzeitig unterstützen wir mit „GREEN invest“ Unternehmen, mit „Klima-Invest“ die Kommunen. Das heißt: Wir reden nicht nur und fordern Dinge ein, sondern wir bieten auch gleichzeitig die Förderinstrumente, so dass unsere Angebote angenommen werden können, und unterstützen damit die Kommunen übrigens genauso wie die Gebäudeeigentümer – das ist Punkt 6.

Punkt 7 – Vorbildfunktion öffentlicher Stellen und klimaneutrale Landesverwaltung –: Ich finde, es wäre zu wenig, allen etwas abzuverlangen, wo man nicht selber auch liefert. Deswegen will die Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral sein und ihren Beitrag leisten. Dazu haben wir uns auf den Weg gemacht.

Punkt 8 – Anpassung an die Folgen des Klimawandels –: Ich sagte es zu Beginn, wir sind mitten drin im Klimawandel. Und eben weil die Kommunen sich vorbereiten müssen auf das nächste Starkregenereignis, auf das nächste Hochwasser, sind wir in der Pflicht, hier vorsorgenden Hochwasserschutz oder Hitzevorsorge beispielsweise zu unterstützen, zu finanzieren. Das werden wir tun. Und übrigens werden wir uns auch die Bausünden der Neunziger an manchem Ort anschauen müssen, wo nicht mal ein Bächlein fließt, aber so versiegelt wurde, das trotzdem beim ersten Starkregen die Keller, die in die Senke gebaut worden sind, vollstehen. Das ist die Aufgabe der Landesregierung. Dafür führen wir im Augenblick Regionalkonferenzen durch unter dem Stichwort „Klima im Wandel“, um zu sensibilisieren. Und die Kommunen kommen und wollen sich beraten und unterstützen lassen. Genau das ist der Weg, den wir gehen wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich finde, dass Thüringen mit diesem Klimagesetz nicht nur in einer guten Reihe sich sehen kann mit anderen Bundesländern, als da wären Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg und Berlin, sondern dass es an der Zeit ist, gemeinsam mit den Verbänden – und den Weg sind wir in den letzten Monaten gegangen – sich vorzubereiten, vorzusorgen und an dieser Stelle auch für kommende Generationen einen Beitrag zu leisten, der sichtbar ist, der zeigt, dass Thüringen lebenswert bleibt

(Ministerin Siegesmund)

und vor allen Dingen, dass wir uns der globalen Verantwortung stellen, unseren eigenen Beitrag zu leisten. Ich freue mich auf die mit Sicherheit jetzt anstehende, muntere Debatte. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Diese darf ich jetzt eröffnen und als Erste hat Frau Abgeordnete Mühlbauer für die SPD-Fraktion das Wort.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren, werte Zuhörer im Raum und an anderen Medien! Vielen Dank, Frau Ministerin, für diese Einbringung. Vielen Dank für die engagierte Erarbeitung dieses sehr wichtigen Themas. Ein Klimagesetz in Thüringen ist längst überfällig. Gerade zu Zeiten dieses Klimawandels, zu Zeiten, wo wir täglich mit Hochwasser oder anderen Katastrophen zu tun haben, denke ich, ist es eine Aufgabe, die uns lange überfällig ansteht, sie hier in diesem Raum zu diskutieren – diskutieren mit allen Beteiligten, die wir in Thüringen haben. Wir haben engagierte Ziele, wir haben konkrete Ziele, wir wollen die Treibhausgase minimieren, wir wollen 100 Prozent des Energiebedarfs aus Erneuerbaren stemmen. Wir haben Vorreiterprojekte im lokalen Klimaschutz, sie wurden gerade erwähnt. Ich darf hier noch mal auf den Ilm-Kreis eingehen, weil wir da aktiv mit beteiligt sind an runden Tischen, mit den Unternehmen aus dem Industriegebiet, die auf uns zukommen und sagen, lasst uns neue Wege gehen, lasst uns Abwärme gewinnen, diese Energien weiterverwenden. Wir haben den Gebäudebestand, wo schon viel passiert ist, wo wir aber, denke ich, noch Luft nach oben haben, neue Modelle gehen werden. Bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand zu erreichen, ist durchaus ein realistisches Ziel.

Wir haben hier eine Zukunftsaufgabe, eine Frage, die die nächste Generation betreffen wird, die wir heute beantworten müssen. Aus diesem Grund freue ich mich auf diese Diskussion in ganz vielen Bereichen, denn es ist eine Querschnittsaufgabe. Es ist eine Aufgabe, die alle Bereiche von der Mobilität über den Gebäudebereich, über das Handwerk, das sich neuen Aufgaben stellen muss und stellen wird, diskutiert werden muss. Aus diesem Grund ist es heute ein schöner und guter Tag und ich kann es hier in dem Bereich auch kurz machen: Ich freue mich auf eine lebendige Diskussion, ich freue mich, dass wir dieses Klimagesetz heute hier haben, ich freue mich auch, in die Diskussion unsere Klimaschutzstrategie mit einbringen zu dürfen und beantrage Überweisung an die Ausschüsse für Wirtschaft und Wissenschaft, für Infrastruktur und Landwirtschaft und natürlich federführend für Umwelt, Energie und Naturschutz. Ich denke, da gehört es hin, fachlich mit den Beteiligten und mit den Bürgern für ein zukunftsfähiges Thüringen für die Antworten der nächsten Generation. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Gruhner, Fraktion der CDU, das Wort.

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollegin Mühlbauer, ich versuche gleich mal einen Beitrag zu einer lebendigen Debatte zu leisten, denn in der Tat ist eine lebendige Debatte um dieses Gesetz mehr als notwendig.

Ich will vielleicht zunächst erst mal in drei Spiegelstrichen das zusammenfassen, was uns die Umweltministerin heute hier vorgelegt hat. Man kann das Gesetz unter drei Punkten charakterisieren: Erstens, mehr Bürokratie; zweitens, wenig Effekt fürs Klima; und drittens, grünes Schaufenstergesetz. So kann man das relativ simpel zusammenfassen,

(Beifall CDU)

was Sie heute hier vorlegen. Deswegen will ich auch gleich zu Beginn eines sehr klar sagen: Wir sind der festen Überzeugung, dass es dieses Gesetz überhaupt nicht braucht. Und warum braucht es dieses Gesetz nicht? Drei Gründe: Erstens, wir haben, und es wird Sie nicht überraschen, dass ich das anführe, bereits zahlreiche Instrumente des Bundes und der Europäischen Union zum Klimaschutz. Ich erinnere nur mal daran, dass wir das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 haben, da sind allein über 100 Maßnahmen für alle Sektoren ausgearbeitet. Es gibt den nationalen Klimaschutzplan 2050, wo auch sehr umfänglich und sehr intensiv die Frage des Klimaschutzes, wie es der Name sagt, in den Blick genommen wird. Deswegen, sind wir der Überzeugung, ist ein eigenes Thüringer Gesetz an dieser Stelle so nicht notwendig.

Ich will eines sagen: Sie argumentieren ja, dass jetzt die Regionen egal wo auf der Welt einen besonderen Beitrag leisten, weil verschiedene nationalstaatliche Regierungen den Beitrag nicht leisten wollen, den das Pariser Abkommen eigentlich von allen abverlangt. Nun will ich Ihnen recht geben, dass das für die Vereinigten Staaten durchaus zutrifft. Natürlich macht es Sinn, dass beispielsweise der Bundesstaat Kalifornien hier deutlich vorangeht, weil man im Weißen Haus offensichtlich der Meinung ist, dass Klimaschutz keine Aufgabe wäre. Korrekt, sind wir völlig einer Meinung. Nur will ich Ihnen auch sagen, wenn man dann im gleichen Atemzug argumentiert, man müsse das so auch in Deutschland machen, dann impliziert das ja – und im Übrigen auch das, was jetzt im Entwurf des Koalitionsvertrags ausgearbeitet ist –, dass die Bundesregierung den Klimaschutz eben nicht in den Blick nimmt. Ich finde, das, was Sie hier behaupten, stimmt so nicht. Wir haben zahlreiche Maßnahmen, bei denen Deutschland im Übrigen auch im europäischen Vergleich deutlich vorangeht. Deswegen will ich Ihnen einfach sagen, erwecken Sie nicht immer den Eindruck, Sie und Ihre Partei oder gar Sie mit Ihrem Gesetz wären die Einzigen, die den Klimaschutz in diesem Land voranbringen. Sie haben ja gerade selber verschiedene Erfolge aufgezählt und ich glaube, die Erfolge, die Sie zu Recht aufgezählt haben, sind ja auch von denen gemacht, die Sie indirekt kritisieren. Deswegen will ich Ihnen nur sagen, Ihre Argumentation, dass Sie jetzt in Thüringen etwas machen müssten, weil es andere im Bund versäumen, geht völlig fehl, sie ist falsch, sie erweckt einen völlig falschen Eindruck. Das will ich an dieser Stelle noch mal sagen.

Zweitens: Warum braucht es dieses Gesetz nicht? Der zweite Grund ist, weil es Bürokratie und Mehrbelastungen bedeutet, Mehrbelastungen für Kommunen, Mehrbelastungen für die Wirtschaft. Sie haben davon nicht gesprochen, als Sie Ihren Gesetzentwurf hier noch mal dargestellt haben, aber ich will schon noch mal daran erinnern, dass Sie Energie-, Gewerbe-, Industrie- und Landwirt-

(Abg. Gruhner)

schaftsunternehmen verpflichten wollen, Energiedaten an Landkreise und Gemeinden zu übermitteln. Das wird – und das hat ja auch bereits in der Diskussion, bevor Sie das Gesetz hier eingebracht haben, die Thüringer Wirtschaft deutlich gemacht – zu deutlichem Bürokratieaufbau führen. Wenn man es dann mal ins Verhältnis setzt, am Ende hat das doch keinen Effekt für das Klima, aber es hat einen Effekt dafür, dass die Thüringer Wirtschaft wieder mehr belastet wird.

Und ein Zweites: Sie wollen Bürger verpflichten, dass sie sich zu Mindestanteilen an erneuerbaren Energien bei ihrer Wärme- und Kälteversorgung bekennen und verpflichten. Sie schreiben dann zwar ins Gesetz, ja, das wäre alles abhängig von den wirtschaftlichen Verhältnissen. Aber was heißt das denn? Legen Sie dann fest, was die wirtschaftlichen Verhältnisse sind? Das ist nun wirklich reichlich abstrus. Deswegen muss man auch hier sagen: Mehrbelastungen nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Bürger. Sie gängeln, Sie üben Zwang aus. Deswegen, sagen wir, braucht es dieses Gesetz nicht.

Der dritte Grund, warum es dieses Gesetz hier nicht braucht, vor allem nicht in dieser Form, ist, wir sind der festen Überzeugung, dass das, was Sie hier vorgelegt haben, auch keinen substantiellen Effekt für das Klima haben wird. Sie belasten, ohne dass es positive Effekte für das Klima bringt. Deswegen sind wir der Überzeugung, ist dieses Gesetz nicht notwendig.

Ich will eines sagen, weil ich mir die Reden schon wieder gut vorstellen kann, die jetzt im Anschluss kommen werden: Selbstverständlich stehen wir zu Klimaschutz. Deswegen habe ich auch ausgeführt, was die Bundesregierung unter Führung der Union in den vergangenen Jahren hier geleistet hat. Aber eines ist auch klar: Wir sind uns einig im Ziel, aber wir sind uns nicht einig in der Frage, wie wir da hinkommen. Wir meinen eben, bei der Frage, wie wir da hinkommen, geht es mehr um die Frage von Anreizen, und da geht es vor allem darum, dass wir sinnvolle Maßnahmen auf den Weg bringen, so wie es die Bundesregierung im Klimaschutzprogramm 2050 auch macht.

Nun muss man eines zumindest positiv konstatieren – man muss ja auch immer mal die positiven Dinge in den Blick führen –, das Gute ist ja, Sie sind mit dem, was Sie eigentlich wollten, erneut grandios gescheitert wie schon bei so vielen Dingen. Sie sind gescheitert an der öffentlichen Debatte, weil da Gott sein Dank schon viel Druck ausgeübt wurde. Sie sind aber auch erneut gescheitert an Ihren Koalitionspartnern, insbesondere am sozialdemokratischen Koalitionspartner, die natürlich auch deutlich gemacht haben, der Wirtschaftsminister, dass das, was Sie hier ursprünglich vorhatten, eine Katastrophe für die Wirtschaft gewesen ist. Dass Sie offensichtlich gescheitert sind, belegt ja, dass der BUND beispielsweise sagt, de facto ist es ja ein zahnloser Tiger, den Sie hier vorlegen. Deswegen muss man das schon mal positiv konstatieren, denn noch – auch wenn einige vom zahnlosen Tiger reden – ist das alles gar nicht so harmlos, wie es daherkommt, denn am Ende ist Ihr Gesetz ...

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jetzt passt es nicht mehr!)

Es passt ganz wunderbar, hören Sie einfach zu, dann werden Sie es merken.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Die Zwischenrufe bedingen, dass ich zuhöre!)

Ja, schön, dann freut mich das.

(Abg. Gruhner)

Ich will dennoch ganz klar sagen: Ihr Gesetz versucht ja durch die Hintertür, Gängelung und Belastung für Wirtschaft und Kommunen einzuführen, die man so noch gar nicht schwarz auf weiß lesen kann. Ich habe einzelne Beispiele ausgeführt, aber was ja hinzukommt, ist, dass Sie in Ihrem Gesetz mehrere Rechtsverordnungen verankern, die Sie dann noch auf den Weg bringen wollen. Sie verankern die integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie, ein integriertes Maßnahmenprogramm für Klimaanpassung. Da kann man über alle Dinge reden.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Deswegen heißt es auch „Klimagesetz“!)

Nur, wenn wir ins Gesetz jetzt reinschreiben, dass Sie die Ermächtigung für diese und jene Rechtsverordnung haben, dann ist mit der Verabschiedung dieses Gesetzes überhaupt nicht transparent, welche Belastungen, welche Mehrbelastungen auf Wirtschaft, Bürger und Kommunen zukommen. Deswegen ist Ihr Gesetz am Ende auch nicht, wie es vielleicht der BUND charakterisiert, „harmlos“ und „ein zahnlöser Tiger“ – es hätte noch schlimmer kommen können, in der Tat –, aber wir müssen gehörig aufpassen, dass Sie nicht durch die Hintertür dann per Rechtsverordnung Gängelung und Zwang in noch höherem Maße ausüben, wie es das Gesetz ohnehin schon vorsieht. Deswegen ist an dieser Stelle Obacht geboten. Wir haben immer gesagt: Statt dieses Gesetzes können wir uns vorstellen, dass wir über den Klimaschutzplan reden, wie es beispielsweise die schwarz-grüne Regierung in Hessen gemacht hat. Denn entscheidend ist doch eines, entscheidend ist doch nicht, dass wir hier grüne Schaufenstergesetze auf den Weg bringen, sondern entscheidend ist, dass wir sehr konkret Maßnahmen umsetzen. Dazu sind wir in der Tat bereit. Ich sage Ihnen aber auch – und das ist wieder ein Grund, warum es dieses Gesetz nicht braucht –: Vieles, was da drin steht – ich nenne mal nur so ein paar Sachen: Unterstützung der Erschließung der Potenziale der erneuerbaren Energien, Unterstützung von Energieeinsparung, Entwicklung des Verkehrssektors in Richtung nachhaltige Mobilität, Klimaneutralität der Landesverwaltung –, all das können Sie ohnehin machen. Machen Sie es doch einfach! Da brauchen Sie kein Gesetz verabschieden, wo Sie dann noch ein paar Belastungen für Kommunen und Wirtschaft und Gängelungen mit reinfummeln, sondern machen Sie das, was Sie an positiven Maßnahmen auf den Weg bringen wollen. Da brauchen Sie kein Gesetz. All das, was Sie hier proklamieren, könnten Sie auf den Weg bringen. Deswegen kann ich nur erneut sagen: Dieses Gesetz ist überflüssig. Ich weiß natürlich, dass es dazu dient, dass Sie sich dann auf Grünen-Parteitag und sonst wo hinstellen können und groß die Trophäe eines grünen Klimagesetzes präsentieren. Aber am Ende ist doch das nicht entscheidend. Am Ende ist entscheidend, dass wir konkrete Maßnahmen machen und nicht nur grüne Schaufenstergesetze hier verabschieden.

Lassen Sie mich noch mal etwas zum 100-Prozent-Ziel sagen, was Sie auch in Ihrem Gesetz hier noch mal festschreiben. 100 Prozent Erneuerbare in 2040, da will ich nur zumindest mal, was die Frage dessen betrifft, ob das realistisch ist, zwei Zahlen mit einführen. Aktuell stehen nach dem Thüringer Landesamt für Statistik – das sind die Zahlen von 2016 – einem jährlichen Primärenergiebedarf von 68,5 Terrawattstunden im Freistaat 4,6 Terrawattstunden an Stromerzeugung und geschätzten 1,2 Terrawattstunden an Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Quellen gegenüber. Das sind 9 Prozent Anteil am gesamten Primärenergiebedarf. Inwieweit dann die 100 Prozent realistisch sind in 2040, da mache ich mal ein großes Fragezeichen. Ich bin ja immer dafür, dass man

(Abg. Gruhner)

sich ehrgeizige Ziele setzt, nur sollten sie realistisch sein und ich glaube, das, was Sie uns hier ins Gesetz reinschreiben, das ist vom heutigen Standpunkt her schon mal nicht zu erreichen.

Lassen Sie mich noch mal eine grundsätzliche Bemerkung machen, weil Sie das auch noch mal ausgeführt haben, mit Blick auf das Thema „Windenergie“ usw. Ich will zunächst einmal eines sagen, und das war ja auch durchaus eine Debatte in der letzten Woche: Wenn man ernsthaft Klimaschutz will, wenn man ernsthaft Energiewende umsetzen will, dann ist es unabdingbar, dass man in dieser Gesellschaft auch einen Konsens darüber organisiert. Und Konsens organisiert man gemeinhin – egal, um welchen politischen Bereich es geht – dann, wenn man Akzeptanz schafft.

(Zwischenruf Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz: Richtig!)

Ich finde, dieses Gesetz ist erneut ein Beispiel, wo Sie einen Beitrag leisten, dass diese Akzeptanz bröckelt. Weil Sie selbst das Thema „Windkraft“ angesprochen haben, sage ich Ihnen auch: Auch das ist ein Beispiel, wo Sie einen Beitrag leisten, dass die Akzeptanz für Klimaschutz und Erfolg der Energiewende in diesem Land bröckelt. Nun haben Sie süffisant vorhin gesagt, wir müssten uns mal entscheiden, man könne nicht gegen Windenergie in diesem Land sein – wir sind auch nicht gegen Windenergie in diesem Land, wir sind für Windenergie mit Augenmaß –

(Zwischenruf Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz: Und wo?)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Okay!)

man könne sich nicht gegen jedes Windrad stellen und gleichzeitig sagen, man möchte keine Stromtrassen. Also wenn ich mich an die Debatte auch auf Bundesebene erinnere, als es um das EEG ging, als es um die Novelle des EEG ging, dann war es Ihre Partei, die gesagt hat, wir wollen keine Deckelungsregelung beim Ausbau der Erneuerbaren, es war Ihre Partei, die gesagt hat, wir wollen den Erhalt der festen Einspeisevergütung. All das würde doch, wenn wir das weiterführen würden, dazu führen, dass wir ohne Ende weiterhin einen maßlosen Zubau an Erneuerbaren und insbesondere an Windenergie hätten. Das würde eben auch dazu führen, dass wir im Bereich des Stromtrassenbaus dann über eine größere Intensität reden müssen. Deswegen, finde ich, geht Ihr Argument fehl, wenn Sie uns vorwerfen, man könne nicht gegen eine gerechte Last beim Ausbau der Stromnetze sein und sich gleichzeitig entgegenstellen, wenn ohne Maß und Mitte Windenergie ausgebaut wird. Man kann das schon zusammenbringen. Wir wollen Maß und Mitte beim Ausbau der erneuerbaren Energien und beharren aber gleichzeitig darauf, dass Thüringen beim Ausbau der Stromnetze nicht der Lastesel der Nation ist. Das passt sehr wohl zusammen und das werden wir von Ihnen auch nicht durch irgendwelche komischen Argumentationen hier infrage stellen lassen.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Dann tun Sie doch was dagegen!)

Offensichtlich können Sie nicht zuhören, wenn Sie jetzt so dazwischen reden.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Sie tun doch nichts!)

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Sie sind doch in der Regierung!)

(Unruhe DIE LINKE)

(Abg. Gruhner)

Deswegen will ich Ihnen nochmal grundsätzlich sagen, ...

Vizepräsidentin Jung:

Meine Damen und Herren, Abgeordneter Gruhner hat jetzt das Rederecht.

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Kollege Harzer, ich glaube, es tut Ihrem Blutdruck durchaus gut, wenn Sie in aller Gelassenheit die Debatte verfolgen und wir dann hier vorn am Pult die Debatte führen und nicht so.

Lassen Sie es mich noch einmal abschließend sagen: Wenn man den Erfolg von Klimaschutz und Energiewende will, wie Sie es hier auch wieder ganz blumig ausgeführt haben, dann muss man für Akzeptanz sorgen. Wir sind der festen Überzeugung, dass es gerade eine Landesregierung mit grüner Beteiligung ist, die das Klima für den Klimaschutz verschlechtert. Das ist auch das Signal des Tages, das ist das Signal, dass Sie mit Ihrem Gesetz aussenden. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner hat Abgeordneter Harzer, Fraktion Die Linke, das Wort.

Abgeordneter Harzer, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Man stellt immer wieder fest: Wir denken scheinbar das Gleiche aber über unterschiedliche Geschichten. Den Ausführungen des Herrn Gruhner ist wieder mal zu entnehmen, dass die CDU immer noch nicht verstanden hat, um was es hier eigentlich geht. Wenn über Kosten geredet wird, die wir Dritten mit diesem Gesetz auferlegen, dann weiß Herr Gruhner immer noch nicht, über welche Kosten wir reden, wenn wir nichts tun, und dass diese um ein Vielfaches höher sein werden durch die Folgen des Klimawandels als die Kosten, über die wir hier reden.

(Beifall DIE LINKE)

Ein Stefan Gruhner redet hier über mehr Bürokratie, über die Belanglosigkeit eines Gesetzes und über ein grünes Schaufenstergesetz. Also ich bin nicht grün und ich bin für dieses Gesetz. Ich denke, es hat auch nichts damit zu tun, ob das grün, rot, gelb, schwarz oder sonst wie ist, sondern es hat damit zu tun, dass wir einfach was für unser Leben tun müssen, dass wir etwas für unsere Nachfahren tun müssen, dass wir etwas für diesen Planeten tun müssen, damit wir auch diesen Planeten lebenswert halten und damit wir die Ziele, die die Bundesregierung unter Führung Ihrer Kanzlerin, lieber Herr Gruhner, von Paris 2015 bestätigt hat im Jahr 2016 auch umsetzen können. Dazu brauchen wir gemeinsame Anstrengungen, dazu brauchen wir gemeinsame Ziele.

Ich hoffe und wünsche mir, dass die CDU bei den Diskussionen im Ausschuss für Umwelt und Energie – wir beantragen die Überweisung federführend in diesen Ausschuss – nicht so rückwärts-gewandt diskutiert wie heute, sondern vorwärts-gewandt und im Sinne dieser Geschichten. Mir kommt es fast so vor wie vorhin, der MP hat es zu Ihrem Fraktionsvorsitzenden gesagt: Der sagt immer nur Nein, Nein, Nein. Ich höre aber nie: Ja, wie will ich es. Das habe ich bei Ihnen auch wie-

(Abg. Harzer)

der nicht gehört, Sie haben nicht gesagt, wie Sie Klimaschutz in Thüringen wollen. Sie wollen keine Windräder, Sie wollen keine Photovoltaik, denn das belastet ja die Bürger über die Kosten. Was wollen Sie denn?

Sie wollen CO₂ reduzieren, aber sagen nicht wie das denn geht. Ich empfehle Ihnen da mal etwas zum Lesen. Es gibt eine Studie vom WWF „Modell Deutschland – Klimaschutz bis 2050. Vom Ziel her denken!“ Vielleicht sollten Sie sich dies einfach einmal vornehmen, Herr Gruhner. Vielleicht sollten Sie das einmal lesen, dort sind nämlich detaillierte politische Maßnahmen und Instrumente bis 2030 aufgelistet, die heute ergriffen werden müssen, und zwar deswegen heute, weil zwei Drittel der Klimaschutzziele mit langfristigen investiven Maßnahmen verbunden sind. Wenn wir 2050 die Ziele erreichen wollen, müssen wir heute schon die Weichen stellen und deswegen ist es auch wichtig, dass wir ein Klimagesetz hier im Thüringer Landtag beraten und beschließen. Klimagesetz deswegen, weil es nicht nur um Klimaschutz geht, sondern auch um Klimafolgenanpassung. Und gerade Klimafolgenanpassung ist ein Thema, womit wir uns befassen müssen.

Wenn ich über langfristige Investitionen rede, dann können wir den SuedLink gleich noch einmal thematisieren, den Sie ja angeblich verhindern wollen. Ich weiß nur noch nicht wie, denn es gibt kein Gesetzesinitiative im Bundestag, auch nicht von Herrn Hauptmann, Ihrem Kollegen aus der Jungen Union, der groß im Wahlkampf verkündet hat, er lasse den SuedLink platzen. Wo ist denn das Gesetz zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes, dass der SuedLink nicht kommt?

(Zwischenruf Abg. Gruhner, CDU: Es gibt doch noch gar keine!)

Der SuedLink ist doch eine langfristige Entscheidung. Vor allem ist auch die Ursache eine langfristige Entscheidung, weil man 2003 unter Führung der CDU in Hamburg entschieden hat, ein Gaskraftwerk durch ein Kohlekraftwerk zu ersetzen, welches vor zwei Jahren in Betrieb gegangen ist. 2015 ist es in Betrieb gegangen – 2 Gigawatt! Es versorgt Hamburg mit Strom und deswegen können in Hamburg 2 Gigawatt Windstrom nicht abgenommen werden und müssen über den SuedLink in den Süden transportiert werden. So einfach ist langfristige Investition zu betrachten und darüber sollten wir mal reden.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und wenn wir über Klimafolgenanpassung reden, dann fangen wir an und reden zum Beispiel mal über die deutsche Esche, die in Bayern vor 15, 20 Jahren im Zuge des Waldumbaus mal großflächig angebaut worden ist. Jetzt kommt da aus Südostasien so ein kleiner Pilz daher, der Eschen ...

(Zwischenruf Abg. Kummer, DIE LINKE: Triebsterben!)

Ja, irgend so ein Pilz aus Asien kommt hierher im Zuge des Klimawandels. Seit 2008/2009 ist der in Deutschland vorhanden und führt zum Sterben dieser Eschen.

(Heiterkeit CDU)

90 Prozent der Eschenbestände sind teilweise befallen, in Bayern, in Sachsen und in Sachsen-Anhalt und es kommt auch nach Thüringen und führt zum Sterben dieser Eschen. Die Eschen, die man aufgezogen hat, die man angepflanzt und gesät hat, um Waldumbau zu betreiben. Dieser Kli-

(Abg. Harzer)

mawandel stellt uns vor ganz neue Herausforderungen und darüber müssen wir nämlich nachdenken. Wir müssen drüber nachdenken, wie wir den von Menschen verursachten Anstieg der Treibhausgasimmission stoppen, wie wir die Folgen daraus, die Erwärmung des Klimasystems, die Erwärmung der Ozeane und der Atmosphäre stoppen. Selbst wenn wir heute mit dem Ausstoß von Treibhausgasen auf null gehen, wird die nächsten 20 Jahre die Temperatur weiter steigen, weil die Ozeane dermaßen aufgeheizt sind, aufgewärmt sind, dass dieses nachwirkt.

Wie gehen wir mit der Abnahme von Schnee und Eis um, mit dem Anstieg des Meeresspiegels, mit der Versauerung der Ozeane, mit dem Verlust von Lebensräumen, der Artenvielfalt, der landwirtschaftlichen Erträge? Wie gehen wir mit dem Verlust an Wasserverfügbarkeit um, mit sozialen Konflikten, mit möglicherweise weiteren Folgen?

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das schafft Ihr doch!)

Wie gehen wir damit um, dass das Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung uns voraussagt, wenn wir 3 Grad Erwärmung haben, sind 75 Prozent dieses Planeten nicht mehr bewohnbar, bei 4 Grad sind es 80 oder 90 Prozent.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Panikmache!)

Es wird Länder geben, in denen man bei 3 Grad Erwärmung mittags nicht mehr rausgehen kann. Ich weiß, dass die AfD wieder Panikmache ruft, dass Sie wieder keine Ahnung hat – „das ist ja normal, wir haben ja schon immer Klimawandel gehabt“. Klar, haben wir schon immer Klimawandel gehabt, aber entweder ist die Erde von einem Asteroiden getroffen worden oder es war ein langfristiger Klimawandel. Kurzfristige Klimawandel wie im Lauf der letzten 150 Jahre sind durch die Menschen verursacht, und nicht durch natürlichen Klimawandel, nämlich durch den Ausstoß von Treibhausgasen seit der industriellen Revolution, Herr Möller, aber ich weiß, Sie sind da auf Trumps Seite und sagen: Das hat mit uns alles nichts zu tun, wir sind ja so dämlich, wir rennen ins eigene Verderben, wir rennen ins eigene Sterben.

Der durchschnittliche Anstieg der Oberflächentemperatur in Thüringen ist nachweisbar seit Beginn des 20. Jahrhunderts um 1,3 Grad, auf 8,5 Grad Celsius angestiegen. Das ist nachweisbar. Die Zahlen sind vorhanden, die Zahlen sind nicht von mir erfunden. Wir hatten 2014, 2015 und 2016 die wärmsten Jahre seit 1881 in Thüringen, das muss man auch mal sagen. Schauen wir uns nur mal den Winter an! Man muss ja fast froh sein, dass – wie die Bild Zeitung geschrieben hat – die „Russlandpeitsche“ kommt und uns mit Frost überzieht, sodass wir endlich mal kaltes Wetter haben im Winter.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Das ist der Klimawandel, dass es so kalt ist!)

Wir haben aber ansonsten kein kaltes Wetter mehr in dieser Zeit.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Gehen Sie mal raus, Herr Harzer!)

Ich kann mich noch erinnern an Winter, wo wir den ganzen Winter Schnee hatten,

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Es ist doch kalt!)

(Abg. Harzer)

Das habe ich doch gerade gesagt, Herr Möller, müssen Sie zuhören. Das ist wie mit dem Lesen, man muss das, was man liest, auch verstehen und das, was man hört, muss man auch verstehen können, aber da scheint es bei Ihnen ja zu scheitern, an dem Können, weil das

(Unruhe AfD)

ist eine Geschichte, die Ihnen fehlt. Aber ich werde da jetzt nicht weiter drauf eingehen, sonst kriege ich noch einen Ordnungsruf, das will ich mir heute nicht antun.

Wie gesagt, wie gehen wir damit um, das die Frost- und Eistage abnehmen? Wie gehen wir damit um, dass die Sommer- und heißen Tage zunehmen? Klar, würden wir sagen, Sommer schön warm, Freibad. Ja, aber das unser natürliches System durcheinander kommt, dass nicht nur die Eschen, dass auch die Fichten zunehmend darunter leiden, der Brotbaum der Forstwirtschaft zunehmend unter der Trockenheit leidet, dass ganze Bereiche umgebaut werden müssen, das verschweigen Sie. Die Zunahme von Extremereignissen, Starkniederschlägen und Gewitter, die dramatische Änderung von Jahresniederschlagsmengen, die spürbaren Veränderungen regional und saisonal, trockenere Sommer, nassere Winter, dass wir dies alles berücksichtigen müssen und dass wir auch in Thüringen was dafür tun müssen, denke ich, ist unbestritten, bis auf ein paar Einzelne, die in der Lage sind, weltweite Forschungsergebnisse einfach zu negieren, die nicht mal wissen, was der internationale Klimarat ist und wie der internationale Klimarat zu seinen Empfehlungen kommt.

Wie gesagt, Klimagipfel in Paris, dort gab es das Bekenntnis zur Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit, das Ziel der Treibhausgasneutralität in der zweiten Hälfte der 21. Jahrhunderts, alle fünf Jahre Beginn eines globalen Überprüfungsprozesses – findet sich auch im Gesetz wieder – sowie die Anpassung des Klimawandels als gleichberechtigtes Ziel neben der Treibhausgasminderung. All diesem wird das Gesetz im Entwurf gerecht, fast gerecht, nicht ganz. Mir fehlen einige Sachen, die vorher verbindlicher drin waren, im ersten Entwurf, die rausgekommen sind. So wurde oftmals „sollen“ durch „können“ ersetzt und ich denke, wir müssen dort deutlich mehr darauf drängen, dass zum Beispiel auch Kommunen sich diesem Klimawandel, dieser Klimafolgenanpassung vor allem stellen. Denn Klimafolgenanpassung, wo findet sie denn statt? Sie findet nicht hier im Landtag statt, sie findet nicht im Bundestag statt, sie findet vor Ort in den Kommunen statt. Dort müssen die Menschen reagieren und dort müssen auch die Kommunen geeignete Maßnahmen finden, auch für ältere Menschen, die dem Klimawandel ausgesetzt sein werden, die nämlich dann die Hitze nicht mehr so gut vertragen wie jüngere Menschen. Auch daran müssen wir denken, auch an die Menschen hier bei uns, bei diesem ganzen Verfahren.

Und wenn wir über CO₂-Emissionen in Thüringen reden, dann können wir auch mal nach Verursachergruppen schauen: Industrie und Gewerbe 29 Prozent – dort 80 Prozent von den Branchen Wärmeerzeugung, Bergbau, Energie und Steine und Erden –, im Haushalt und die Kleinverbraucher, da sind es 30 Prozent – rund 90 Prozent durch auf Erdgas oder Heizöl basierende Feuerungsanlagen –, Verkehr 37 Prozent – 83 Prozent durch den Straßenverkehr und da hauptsächlich dann PKW und Nutzfahrzeuge –, Biogenanteile 4 Prozent, also Freisetzung von Kohlenstoff durch Totholz/Humus, was wir nicht vermeiden werden können, Kalkung des Waldes sowie Landnut-

(Abg. Harzer)

zungsänderung – 83 Prozent; das alles sind Tatsachen. Ich denke, das sind auch die Bereiche, wo wir deutlich ansetzen können. Gerade im Verkehr, die Ministerin hat vorhin Landesvorgaben zur Elektromobilität angekündigt, wo wir die TUEGA haben, die da sehr aktiv ist, können wir einiges erreichen. Wir nehmen unsere Verantwortung ernst. Das steht auch im Koalitionsvertrag: „Wir bekennen uns dazu, dass Thüringen seinen Beitrag zur Erreichung des international anerkannten Zwei-Grad-Ziels leisten muss. [...] Mit einem Klimaschutzgesetz soll die Energie- und Klimapolitik im Freistaat mit verbindlichen Zielen und Zwischenzielen neu ausgerichtet werden.“

Thüringen soll 2040 seinen eigenen Energiebedarf bilanziell durch einen Mix aus 100 Prozent erneuerbaren Energien selbst decken können. Ich denke, das machen wir. Die Ministerin hat vorhin gesagt, wer schon Klimagesetze hat. Dazu an die Adresse der CDU: Das Berliner Klimagesetz 2016 wurde mit den Stimmen der CDU verabschiedet. Dort war nämlich die CDU noch in der Regierungsverantwortung, als man am 22. März 2016 beschlossen hat: Reduktionsziele nach Sektoren und Handlungsbereichen, Ressourcenschutz, Energieeinsparung, Energieeffizienz, Klimaanpassung, Aussagen zu Wirtschaftlichkeit und Finanzierung, Maßnahmen im Bereich Monitoring, einen Maßnahmenplan für eine CO₂-neutrale Verwaltung, Klimaschutzvereinbarung mit verschiedenen Personengruppen/Institutionen, einen Klimaschutzrat, Klimaschutz als Bildungsinhalt – vom Inhalt her fast analog unserem Gesetz in Thüringen, und das unter Beteiligung der CDU. Ich kann Sie nur auffordern, sich positiv an dieser Diskussion zu beteiligen und nicht einfach zu sagen: Nein, das wollen wir nicht.

Dann vergleichen wir mal mit Ihrer Bundesregierung, weil Sie vorhin auch wieder Bundesregierung und Landesregierung verwechselt haben. Die Bundesregierung hat bis 2020 40 Prozent festgelegt, wobei selbst die Bundesregierung und Experten der Meinung sind, dass sie das nicht erreichen werden. Bis 2030 will die Bundesregierung 55 Prozent – wir sagen 60 bis 70 Prozent, bis 2040 möchte die Bundesregierung 70 Prozent – wir sagen 70 bis 80 Prozent, bis 2050 will die Bundesregierung 80 bis 95 Prozent – wir sagen 80 bis 95 Prozent. Wo sind wir unterschiedlich im Endziel? Wir sind nur in den Schritten davor unterschiedlich. Ich denke, das kann man begründen. Dabei sollten wir – wie der WWF – vom Ziel her denken und nicht vom Geldbeutel her.

Wir brauchen ein klimaverträgliches Energiesystem im Freistaat, eine klimaneutrale Landesverwaltung – das steht auch im Gesetz. Wir haben den ersten Schritt dazu gemacht. Frau Keller als Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft ist da. Wir haben erstmals im Landeshaushalt des Freistaats Thüringen in den Jahren 2018/2019 insgesamt 10 Millionen Euro für Investitionen in eine klimaneutrale Landesverwaltung eingeplant, indem wir dort Maßnahmen zur Eigenversorgung und der Versorgung mit Energie aus nachhaltiger Erzeugung festgelegt haben.

Das ist vorher nie passiert, das ist auch unter Ihrer Regentschaft, lieber Herr Gruhner, nicht passiert. Wir sind im Freistaat Thüringen beispielgebend in der Bundesrepublik Deutschland und das soll auch so bleiben. Dazu brauchen wir ein Gesetz, welches entsprechende Maßnahmen festlegt und die Landesregierung und zukünftige Landesregierungen in der Energie- und Klimaschutzpolitik bindet.

Wir wollen die Speicherung und Flexibilitätsoption – virtuelle Kraftwerke – mehr nutzen, die Sektorenkopplung, die nachhaltige Mobilität. Die integrierte Energie- und Klimaschutzstrategie soll auf

(Abg. Harzer)

der Grundlage dieses Gesetzes erarbeitet werden. Ich denke an viele Maßnahmen, die wir hier noch brauchen. Die Landeswärmestrategie, die Klimaschutzstrategien des Bundes, der EU sowie die Strategien des Landes sind natürlich in diesem ganzen Diskussionsprozess zu berücksichtigen – die Vorbildwirkung öffentlicher Stellen, nicht nur des Landes, sondern auch der Kommunen, der kommunale Klimaschutz.

Zum Beispiel bei Landkreisen sagt man: Was sollen denn die Landkreise mit kommunalem Klimaschutz? Da denke ich an die Schulen. Auch dort waren wir vorbildgebend. Dort haben wir gesagt: Wer entsprechend klimaneutral Schulen saniert, bekommt 20 Prozent mehr Fördermittel als einer, der es nicht klimaneutral macht. Ich denke, das sind die richtigen Instrumente. Da sagen wir auch, wo wir Kommunen in den Fragen des Klimaschutzes unterstützen.

Die Frage des ÖPNV gehört in die Landkreisverwaltung, weil wir nach wie vor die kleinen Fürstentümer haben. Gestern Abend haben wir viel dazu gehört, woran das Azubiticket scheitert – an den kleinen Fürstentümern. Aber dort ist die Verantwortung, den ÖPNV zukünftig auch klimaneutral zu gestalten und mehr ÖPNV-Angebote für das flache Land zur Verfügung zu stellen. Wenn ich zum Beispiel über das Azubi-Ticket rede, bedeutet das, dass ich mit dem Bus auch nach Feierabend nach Hause komme und nicht in der Kreisstadt stehe, wo ich vielleicht mit dem Zug noch hingekommen bin und dann nicht mehr weiterkomme, weil es keinen öffentlichen Personennahverkehr mehr gibt oder weil dieser sich nur noch am Schulverkehr tagsüber orientiert.

Da sind die Kreise und Kommunen gefragt: in der Frage der Vorsorge für die älteren Bürger, in der Frage des Waldumbaus, in der Frage der Fernwärmeversorgung sowie der Energieversorgung auf kommunaler Ebene. Ich glaube, hier gibt es eine sehr lange Liste, wie wir entsprechend Maßnahmenprogramme zur Klimaanpassung vorstellen können – nicht nur auf Landesebene, sondern gerade dort wo die Menschen leben. Dort müssen wir entscheiden und dort müssen wir uns einsetzen.

Ganz wichtig ist auch, dass im Monitorbericht der Landesregierung an den Landtag alle fünf Jahre berichtet und abgerechnet wird: Was ist passiert in diesen fünf Jahren? Wie ist das Elektromobilitätskonzept umgesetzt worden? Wie ist das Klimaschutzkonzept umgesetzt worden? Was hat der wissenschaftliche Beirat, der gebildet werden soll, für Klimafolgen, Klimaanpassung gemacht? Was hat der Beirat für die Energiewende in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen gebracht? Was hat er erreicht? Was wir heute beschließen, muss man langfristig überprüfen und Anpassungen vornehmen. Auch das ist in diesem Gesetz vorgesehen.

Bei allen kleinen Problemen, die wir noch diskutieren müssen und wo wir vielleicht auch die eine oder andere Änderung vornehmen müssen, müssen wir aber über die Zukunft nicht nur des Freistaats Thüringen, über die Zukunft der nachfolgenden Generationen auf diesem Planeten diskutieren. Wir laden Sie dazu ein, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, aber Sie müssen auch wollen und nicht nur einfach nein sagen. Danke schön.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die AfD-Fraktion hat Abgeordneter Kießling das Wort.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Schüler auf den Rängen! Die rot-rot-grüne Landesregierung will nach eigenem Bekunden mit dem vorgelegten Klimagesetz für Thüringen einen langfristigen und verbindlichen Rahmen für die Klima- und Energiepolitik des Landes schaffen. Langfristig wird dieses Gesetz jedoch nur eines verbindlich schaffen: Es wird das Klima zwischen den Thüringern und der Landesregierung massiv verschlechtern.

(Beifall AfD)

Nicht nur, dass der Klimawandel in dem hier vorliegenden Entwurf als unumkehrbarer menschengemachter Fakt betrachtet wird, was wissenschaftlich immer noch umstritten ist. Rot-Rot-Grün will zudem einmal mehr den Thüringer Bürgern vorschreiben, wie sie und ihre Kinder zukünftig zu leben haben. Zwar sollen im Vergleich zu 1990 die Treibhausgasemissionen in Thüringen bis zum Jahr 2030 um 60 bis 70 Prozent, bis 2040 um 70 bis 80 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent verringert werden. Zu welchem Preis sollen jedoch diese sehr ambitionierten Ziele erreicht werden, meine Damen und Herren?

Beispielsweise soll dies 20.000 Euro pro Jahr für PR-Arbeit kosten, 200.000 Euro pro Jahr für drei zusätzliche Stellen im Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz, 300.000 Euro für Klima-Monitoring und sage und schreibe 10 Millionen Euro jährlich zusätzliche Landesmittel für Unterstützungsleistungen zugunsten Dritter. Dazu kommt noch 1 Million Euro pro Jahr und Gemeinde, um eine Klimaschutzstrategie zu erarbeiten. Damit noch nicht genug, meine Damen und Herren, nach Einschätzung der Landesregierung lassen sich die Kostenfolgen insgesamt gar nicht abschließend beurteilen, „weil dabei auch andere Belange des Haushaltes zu berücksichtigen sind und gegeneinander abgewogen werden müssen“. Das bedeutet nichts anderes als dass die Landesregierung gar nicht weiß, was der ganze Spaß den Thüringer Steuerzahler am Ende kosten wird

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Spaß? Was der Spaß kosten soll? Es geht um unsere Zukunft!)

und schon gar nicht, was es überhaupt tatsächlich für das Klima bringt. Wenn Sie etwas für das Klima tun wollen, dann setzen Sie sich bitte für den Stopp des weltweiten Abholzens der Wälder ein.

(Beifall AfD)

Zusätzlich, meine Damen und Herren, sollen die jetzt schon finanziell klammen Landkreise, Städte und Gemeinden ab 2025 dazu gedrängt, ja teilweise dazu verpflichtet werden, sogenannte Klimaschutzstrategien und Wärmeanalysen zu erarbeiten, was wiederum zusätzliche Bürokratie und damit zusätzliche Kosten bedeutet. Die jetzt schon durch Papierkrieg und Mehrkosten gebeutelten Thüringer Energie-, Gewerbe-, Industrie- und Landwirtschaftsunternehmen sollen dazu verdonnert werden, den Gemeinden und Landkreisen alle ihnen zur Verfügung stehenden Energiedaten zu übermitteln. Die Fernwärmeunternehmen sollen dazu genötigt werden, ihre Emissionsdaten im Internet zu veröffentlichen und vieles mehr.

(Abg. Kießling)

Nach der optimistischen Einschätzung der Landesregierung soll dies jedes betroffene Unternehmen zwischen 10.000 bis 100.000 Euro kosten. Zusätzlich sollen rund 162 Quadratkilometer Thüringens mit Windkraftanlagen regelrecht verspargelt werden und ein bei Rot-Rot-Grün stets beliebter Beirat entstehen, diesmal für Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Was der vermehrte Bau von Windmühlen in Thüringen für die heimischen Vögel und Fledermäuse bedeuten wird, können Sie sich sicherlich auch hier denken, meine Damen und Herren. Ebenso was die Betonfundamente mit einem Durchmesser von 30 Metern für die Waldökologie bedeuten, da auch in Thüringen demnächst Windräder im Wald errichtet werden sollen. Das alles in einem Bundesland, das sowieso schon eine der geringsten CO₂-Emissionsrate je Einwohner in Deutschland aufweist.

Nur einmal am Rande erwähnt: Menschen, Pflanzen und Tiere atmen die unvorstellbare Menge von etwa 120 Milliarden Tonnen CO₂ pro Jahr aus. Die Menschen selbst produzieren allein durch die Atmung 2,4 Milliarden Tonnen CO₂, Stand 2004 mit 6,5 Milliarden Menschen. Die Umgebungsluft hat einen CO₂-Anteil von 0,038 Prozent, davon produziert Deutschland gerade einmal 0,0004712 Prozent und Thüringen noch viel weniger.

(Beifall AfD)

Zusammengefasst ist das kein Klimaschutz, sondern allein schon finanziell ein Fass ohne Boden zulasten des Thüringer Steuerzahlers, eine Belastung der heimischen Natur und zusätzlich ein gigantischer Ballast für die jetzt schon durch Bürokratie, Steuern und Abgaben gebeutelte Wirtschaft. Dies machen wir als AfD nicht mit, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wir bitten darum!)

Auch verfolgt die Landesregierung die Absicht, den Individualverkehr in Thüringen so weit wie möglich einzuschränken und den ÖPNV auszubauen. Dabei schafft sie es jetzt schon gar nicht, ein kostenloses Azubi-Ticket auf den Weg zu bringen oder die Neuanschaffung von Straßenbahnen ausreichend zu fördern. Frau Ministerin hatte gesagt, man will den Individualverkehr ein bisschen einschränken und mehr auf ÖPNV setzen. Aber was hat man in Thüringen bisher geschafft? Die Stilllegung von 41 Bahnstrecken mit 466,9 Streckenkilometern seit dem 01.01.1994. Das nächste Opfer ist die Pfefferminzbahn. Demgemäß lässt sich sagen, dass dieser von der Landesregierung eingebrachte und durch und durch ideologisierte Gesetzentwurf für die schon länger hier Lebenden, die öffentlichen Einrichtungen und für die hiesige Wirtschaft nichts anderes als weitere immense Kosten, zusätzliche Bürokratie und massive Einschränkungen der persönlichen und wirtschaftlichen Lebensgestaltung bringt, ohne dass hierdurch eine Verbesserung des Klimas in Thüringen zu erwarten ist.

Daher lehnt die AfD-Fraktion den von der Thüringer Landesregierung vorgelegten Gesetzentwurf ab. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Als nächster Redner erhält Abgeordneter Kobelt, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Warum brauchen wir das Klimagesetz in Thüringen? Ich würde es mit vier einfachen Worten beschreiben: Umweltschutz, Wertschöpfung, Unabhängigkeit und Arbeitsplätze.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich vorhin Herrn Gruhner richtig gelauscht habe, dann hat er gesagt: Thüringer Klimagesetz – warum brauchen wir das? Es haben zwar sieben andere Bundesländer mittlerweile auch ein Klimagesetz, aber in Thüringen brauchen wir das nicht, wir haben doch diese wunderbare Bundesregierung, die hervorragende Klimapolitik in Deutschland macht. Da müssen doch die Bundesländer nicht auch noch aktiv werden.

Herr Gruhner, wenn ich Sie so höre, denke ich immer, ich bin ein bisschen im falschen Film. Wenn man sich mal diese einzelnen Bereiche anschaut, was mit Klimapolitik in Deutschland vorangegangen ist, dann ist ein Satz ganz eindringlich, und zwar der Satz, wo sich Ihre Partei gerade in Koalitionsverhandlungen befindet, und der sagt: Die eigentlichen Ziele, die minimalen Ziele von 1990 bis 2020, um 40 Prozent den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, das sei unerreichbar, das werden wir nicht schaffen, das werden wir nicht einer neuen Bundesregierung zumuten. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist sehr wohl ein Armutszeugnis, wo wir uns in Thüringen nicht auf die Bundesregierung verlassen können, nicht auf die CDU verlassen können, sondern einen eigenen Weg gehen wollen. Das sieht man auch ganz eindeutig in zwei ganz wesentlichen Bereichen, die eigentlich sehr viele Arbeitsplätze geschaffen haben. Während China in den letzten Jahren seine Solarenergieleistung pro Jahr von 1 Gigawatt auf 48 Gigawatt ausgebaut hat – also 50-fach mehr Solarproduktion in China als noch vor fünf Jahren –, ist der Ausbau in Deutschland – Herr Gruhner, Sie schütteln mit dem Kopf, aber das sind ganz klare Tatsachen, das können Sie nachlesen – in den letzten fünf Jahren von 7,6 Gigawatt auf im letzten Jahr 1,6 Gigawatt zurückgegangen.

(Zwischenruf Abg. Gruhner, CDU: Das Argument ist so lächerlich!)

Also zusammenfassend: Während andere Länder in der Welt – USA, China, Entwicklungsländer – Technologieführer werden, in Zukunftstechnologien investieren, bremsen Sie in Ihrer Partei in der Bundesregierung die Technologieentwicklung aus, bremsen Sie den Umweltschutz aus und in den letzten fünf Jahren ist die größte Arbeitsplatzvernichtung in der Solarindustrie passiert, die Deutschland je gesehen hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche steht jetzt der Windenergie bevor. Dort hat es in den letzten Jahren noch einen ganz guten Ausbau gegeben, in den letzten zwei Jahren. Mittlerweile wurden Ausschreibungsmodelle eingeführt, das EEG-System immer weiter untergraben und es ist zu befürchten, dass sich der Ausbau genau wie die Solarindustrie halbiert oder sogar noch stärker reduziert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wollen wir nicht. Wir wollen eine Klima-, eine Energiepolitik machen, die vorausschaut, die mehr für den Klimaschutz tut. Deswegen bin ich sehr froh,

(Abg. Kobelt)

dass wir heute als Erstes hier im Parlament das Klimagesetz, das Thüringer Klimagesetz diskutieren.

Ich habe in den vorherigen Reden viele Argumente gehört, die gesagt haben: Ja, Klimapolitik vernichtet Arbeitsplätze in der bisherigen Industrie, das brauchen wir nicht. Es ist viel zu teuer, dort eine Energiewende einzuleiten oder in Klimaschutz zu investieren. Der Ökonom Nicholas Stern ist im Auftrag der britischen Regierung zu einem ganz anderen Ergebnis gekommen, und zwar nicht, dass Klimaschutz Arbeitsplätze vernichtet, sondern dass, wenn wir nicht reagieren auf den Klimaschutz, wenn wir nicht investieren, dann durch den Klimawandel Arbeitsplätze vernichtet werden. Er hat das ganz genau ausgerechnet. Er ist zu dem Schluss gekommen: Je nachdem wie sehr wir jetzt noch gegensteuern oder überhaupt gegensteuern, wird sich das Bruttoinlandsprodukt in 2040 um 5 bis 20 Prozent pro Jahr verringern. Warum ist das so? Natürlich weil durch den Meeresspiegelanstieg viele Regionen unbewohnbar werden, viele Menschen auch sich andere Lebensorte suchen sollen. Übrigens wird es viele Klimaflüchtlinge geben, wenn wir nicht reagieren. Deswegen werden gigantische Kosten auf die Weltgemeinschaft zukommen und als führende Industrienation natürlich auch auf Deutschland. Und das wollen wir nicht – ganz im Gegenteil: Wir wollen neue Wertschöpfung generieren, wir wollen Arbeitsplätze schaffen. Das sagen andere Studien auch, wie die vom Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum und von Greenpeace. Sie haben erst vor zwei Jahren eine Studie veröffentlicht, die eindeutig sagt: Wenn wir es schaffen, es nicht als Problem zu sehen, sondern den Klimaschutz als Chance zu sehen und auf 100 Prozent Erneuerbare umzusteigen, dann werden wir weltweit 30 Millionen Arbeitsplätze schaffen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen doch als Grüne auch, dass gerade in Deutschland, in der Industrienation Deutschland und in Thüringen wir von diesen Arbeitsplätzen profitieren. Thüringen hat etwa jetzt noch 10.000 Arbeitsplätze in den erneuerbaren Energien, in Energieeinspartetechnologien, aber auch bei Handwerkern, die sich damit beschäftigen. Wir wollen nicht, wie es in den letzten Jahren passiert ist durch die Bundesregierung, diese Arbeitsplätze immer weiter abbauen, sondern wir wollen neue schaffen, wir wollen diese auf 20.000/30.000 Arbeitsplätze erhöhen und wollen vor allen Dingen, dass aus der Wertschöpfungskette in Thüringen nicht jedes Jahr 2 Milliarden Euro wegfließen nach Saudi-Arabien, nach Russland, in andere Regionen für Kohle, für Ölimporte, für Gasimporte, sondern wir wollen diese Gelder nutzen, um hier vor Ort Arbeitsplätze zu schaffen und um die Bürgerinnen und Bürger immer unabhängiger von fossilen Energien zu machen. Hierfür lassen Sie mich bitte ein Beispiel nennen: Ich war erst am Montag mit der Landrätin Frau Enders im Ilm-Kreis unterwegs und wir haben uns eine Schule angeschaut. Die Schule wurde teilweise saniert, sie hat etwas Besonderes bekommen, eine Solaranlage auf dem Dach. Für diese Solaranlage hat der Ilm-Kreis – das gibt es vielleicht in anderen Kreisen auch, die sagen, wir haben nicht ganz so viel Investitionsmittel, um Millionen in die Technologie zu investieren – einen ganz einfachen Weg gefunden. Sie haben den Bürgerinnen und Bürgern, die sich engagieren wollen, die Dachfläche zur Verfügung gestellt. Eine Bürgerenergiegenossenschaft hat eine Solaranlage gebaut. Der Strom konnte dem Schulträger für etwa 5 Prozent weniger angeboten werden, also die Schule spart an Energie, spart an Kosten und der Landkreis hat für seine Gebäude noch eine Dachpacht bekommen und hat auch wiederum Einnahmen generiert. Das gilt natürlich nicht nur für Schulen, sondern auch für jeden Bürger und jede Bürgerin. Noch nie war es so

(Abg. Kobelt)

einfach, eine Solaranlage zu bauen, Speicher zu generieren und sich unabhängig zu machen. Immer mehr Menschen nutzen diese Chance, wollen sich unabhängig machen und das wollen wir als rot-rot-grüne Koalition unterstützen und ganz eindeutig das Pendel umschlagen lassen zu mehr Unabhängigkeit, zu kleinen, bürgerfreundlichen Anlagen als zu großer industrieller Produktion von Kohle und der Öllobby.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage es ganz offen: Die im Klimagesetz verankerten Klimaziele haben einen eindeutigen Weg – bis 2050 bis zu 95 Prozent, bis 2030 70 Prozent. Das ist auch etwas, was sich vom theoretischen Ziel der Bundesregierung unterscheidet, denn es gibt klare Zwischenziele. Aber ich habe auch die Hoffnung und wir werden darüber im parlamentarischen Verfahren auch diskutieren, dass es keine Korridorlösung gibt, sondern dass die oberen Ziele, die ich gerade genannt habe, 95 Prozent bis 2050 und 70 Prozent bis 2030, auch verbindlich werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür wollen wir uns als Grüne einsetzen, das werden wir im parlamentarischen Verfahren auch tun.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, nach dem Regierungswechsel ist es natürlich nicht dazu gekommen, dass wir, die Energiepolitiker von SPD, Linke und Grünen, auf das Klimagesetz gewartet haben, sondern wir haben uns zusammengesetzt, wie auch die Ministerien, und haben geschaut, was wir aktuell schon tun können, um sowohl dem Klimawandel gegenzusteuern als auch die Energiewende voranzubringen, lokale Wertschöpfung zu steigern. Ich möchte hier ganz eindeutig darauf hinweisen, dass wir gerade erst im Haushalt im Umweltbereich und im Infrastrukturbereich hohe Summen für Umweltschutz, für erneuerbare Energien und für den Klimaschutz bereitgestellt haben. Lassen Sie mich noch mal sechs, sieben Beispiele nennen, wo wir das konkret schon getan haben.

Als Erstes die Investition in Solarinvestitionen, in Solarförderungen erfolgt durch ein Programm von Solar Invest, durch das den Bürgerinnen und Bürgern, Firmen, aber auch den Verwaltungen Gelder zur Verfügung gestellt werden, um sich unabhängig zu machen. Das ist in Deutschland einzigartig, weil es an eine Bedingung geknüpft ist. Die Menschen können das machen, sie können Speicher bauen, sie können Solaranlagen bauen, aber Sie sollen nicht mehr die Netze belasten. Wir haben uns gedacht, als wir das das erste Mal diskutiert haben, das wird kaum einer nehmen. Wir haben hohe Fördersätze vereinbart, damit das passiert. Und es wurden so viele Anträge nachgefragt, was zeigt, dass die Menschen genau das wollen, sie wollen sich unabhängig machen. Wir sind hier in Thüringen Vorreiter neuer Technologien; dass Überschüsse von Solarstrom in Speicher investiert werden, in Elektromobilität, aber auch in Wärme, das gab es deutschlandweit noch nicht. Ich bin ganz stolz darauf, dass wir das zusammen mit der Landesregierung geschafft haben.

Wir haben aber auch – Anja Siegesmund hat es schon gesagt, für die Firmen GREEN invest, Klima Invest für die Kommunen – in der Mobilität ganz andere Wege gefunden. Erstmals stehen im Bereich des Radverkehrs pro Jahr 20 Millionen Euro für touristische Radwege, für Radwege an Landesstraßen, aber auch erstmalig werden die Kommunen mit über 4 Millionen Euro pro Jahr so

(Abg. Kobelt)

bedacht, dass sie auch in dem lokalen Bereich Radwege bauen können. Das ist eine große Investition in mehr Klimaschutz, auch in dem Verkehrsbereich. Wir haben uns in der Elektromobilität das Ziel gesetzt, bis 2030 die komplette Landesverwaltung mit Elektroautos zu versorgen und bis 2020 werden 400 Ladesäulen gebaut.

Die Vorbildwirkung der Landesimmobilien ist ein wichtiger Punkt, das wurde heute schon an verschiedenen Stellen genannt. Ich möchte nur eins noch mal ergänzen, was oftmals auch, ich sage mal, ein bisschen Spezialbereich ist: Wie verbrauchen die Immobilien Energie und wie können wir das verändern? Wir haben über 1.000 Landesimmobilien. Wir haben ganz am Anfang der Legislatur hier im Parlament beschlossen, dass das Vorbildimmobilien werden sollen. Wir haben eindeutig gesagt: Wenn neue Gebäude gebaut werden, dann werden sie klimaneutral gebaut und wenn sie komplett saniert werden, dann 40 Prozent besser als die gesetzlichen Vorgaben. Wir haben auch gesagt: Um das zu ermöglichen, brauchen wir einen starken Einsatz von Solarenergie. Frau Keller bin ich sehr dankbar, dass im letzten Haushalt schon konkrete Maßnahmen vorgeschlagen werden, die wir als Parlament auch beschlossen haben. In den nächsten vier, fünf Jahren werden 50 Prozent der Landesimmobilien mit Solarpanel gedeckt, sodass sich die Gebäude aus Solarenergie versorgen können. Dafür sind im Haushalt zweimal 5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. Die gleichen Standards haben wir auch bei der Schulbauförderung festgelegt. Eine Kommune, die eine klimaneutrale Schule bauen will, wird vom Land mit 80 Prozent gefördert. Eine derart hohe Unterstützung ist einmalig in Deutschland. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie sehen, wir sind im Konkreten auf dem Weg hin zu mehr Klimaschutz. Das Klimagesetz, das wir hoffentlich bald hier im Landtag nach einer Anhörung in den Ausschüssen beschließen werden, wird den Rahmen bieten, ein Signal setzen und weitere Maßnahmen ermöglichen.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist um.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Mehr Klimaschutz ist gut für Thüringen und für die Bürgerinnen und Bürger. Deswegen freue ich mich sehr auf die Debatte in den Ausschüssen. Wir werden damit Thüringen voranbringen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Abgeordneter Möller für die Fraktion der AfD.

Abgeordneter Möller, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, über den Sinn bzw. den mangelnden Sinn der Klimaschutzpolitik der rot-rot-grünen Landesregierung ist schon viel gesprochen worden. Es sind viele Verwechslungen gemacht worden. Bei einigen weiß ich nicht, ob es vorsätzlich oder einfach Unerfahrenheit oder Unwissen ist. Wenn man Klima, wie Herr Harzer, mit dem Wetter verwechselt, insbesondere mit dem, was wir jetzt gerade draußen haben, dann ist

(Abg. Möller)

das so ein klassisches Beispiel. Wenn man China mit Thüringen vergleicht, dann zeigt das schon, wie viel durcheinandergebracht wird und auf welcher wirklich erbärmlichen Faktengrundlage hier Klimaschutzpolitik begründet werden soll. Wenn dann auch noch von 30 Millionen Arbeitsplätzen weltweit geträumt wird, die durch die Klimaschutzpolitik entstehen sollen, dann muss ich sagen, das ist ein Paradebeispiel für rot-rot-grüne Hybris.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ihre Rede ist ein Paradebeispiel für Ihre Hybris!)

Meine Damen und Herren vom rot-rot-grünen Lager, Sie nehmen immer die anderen in den Blick: Industrie und Gewerbe – da wollen Sie ordentlich Klimaschutzpolitik betreiben. Die Haushalte nehmen Sie in den Blick.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Herr Möller, ich habe es vorhin schon gesagt: Lesen und verstehen! Zuhören und verstehen!)

Die Vorschriften zum Dämmen wollen Sie sich vornehmen. Gehen Sie einfach einmal hier durch das Abgeordnetengebäude oder gehen Sie einmal durch öffentliche Gebäude, vor allem durch die Toiletten. Da sehen Sie Räume: Heizung auf volle Pulle und das Fenster ist offen.

(Zwischenruf Abg. Gruhner, CDU: Machen Sie sie doch zu!)

Fangen Sie doch erst einmal bei den kleinen Dingen an, bevor Sie der Bevölkerung auf den Senkel gehen mit Ihren Dämmvorschriften, die die Mieten nach oben treiben, weil nämlich dadurch auch die Baupreise entsprechend erhöht werden. Für diese unsoziale Politik sind Sie nämlich mit verantwortlich.

(Beifall AfD)

Dann wollen Sie 10 Millionen Euro jährlich an Dritte ausreichen, damit Sie Ihre klimaschutzpolitischen Ziele erreichen, die Sie am Ende doch nicht erreichen. 10 Millionen Euro – gestern haben Sie bei den Handwerkern geheuchelt, dass Sie ein großes Interesse haben, dass es mit dem Handwerk weitergeht. Mit 10 Millionen Euro jährlich könnten Sie die Meisterausbildung kostenlos machen. Genau das ist es, was Thüringen braucht, nicht eine Klimaschutzpolitik.

(Beifall AfD)

Wir brauchen endlich vernünftig bezahlte Gewerbearbeitsplätze. Wir brauchen ein gut funktionierendes Handwerk. Wir brauchen entsprechende Leute, die in der Unternehmensnachfolge die Handwerksbetriebe übernehmen können.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: 10 Millionen sind Arbeitsplätze! Investitionen sind Arbeitsplätze!)

Da sollten Sie Geld hineinvestieren. Das wäre eine vernünftige Politik, statt in der Energiepolitik aus Klimaschutzgesichtspunkten auf Windkraft oder auf Solarenergie zu setzen und in FFH-Schutzgebiete, in denen der Rotmilan fliegt, eine Windkraftanlage hineinzubauen. Das Vieh kann ja gefälligst einen Bogen um die Anlage fliegen. Macht es aber nicht, Frau Rothe-Beinlich.

(Abg. Möller)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist Ihre Politik, Herr Kobelt, keine Umweltpolitik.

(Beifall AfD)

Es ist sogar eine Politik gegen die Umwelt, gegen die Erhaltung geschützter Arten. Sie sorgt dafür, dass wir geschützte Arten hier in Thüringen verlieren. Das ist ein Fakt.

(Zwischenruf Abg. Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Welche Art ist denn verloren gegangen?)

Dann sage ich noch mal eins auf Ihre Fixiertheit auf die Solarenergie, Herr Kobelt: Sie haben offensichtlich immer noch nicht verstanden, dass ein Grund, warum Jamaika gescheitert ist, Ihre unglaublich naiven Vorstellungen in der Energiepolitik sind. Sie haben bis heute nicht verstanden,

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Nein, Sie! Sie haben es nicht verstanden!)

dass es für eine moderne Energieversorgung notwendig ist, dass man gesicherte Leistungen bereitstellen kann. Ihre Solarenergie kann keine gesicherte Leistung bereitstellen. Genauso wenig wie Ihre Windkraftanlagen.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Ihnen fehlen die Kenntnisse!)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Harzer, Abgeordneter Möller hat jetzt das Wort.

Abgeordneter Möller, AfD:

Auch nicht Offshore übrigens.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Leider keine Ahnung!)

Dass Sie das immer noch nicht verstanden haben, obwohl es Ihnen beim parlamentarischen Abend von den Stadtwerkechefs erklärt worden ist, wirklich punktgenau für jeden verständlich.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Sie waren in einer anderen Veranstaltung!)

Aber Sie haben wahrscheinlich nur irgendwelches Bier getrunken oder irgendwelche Snacks gegessen, aber nicht verstanden, was die Leute dort gesagt haben. Das ist doch das, woran Ihre Politik scheitert.

(Beifall AfD)

Sie verwandeln unseren Freistaat, Sie verwandeln Deutschland in ein deindustrialisiertes Gelände. Das machen Sie mit dieser Politik. Aber Sie werden eins nicht retten: Das Klima werden Sie damit mit Sicherheit nicht retten. Um das zu retten, müssten Sie ganz andere Player dazu überreden, solche Maßnahmen zu ergreifen,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie vergiften das Klima!)

(Abg. Möller)

wie zum Beispiel China, Amerika, aber doch nicht dieses kleine Bundesland Thüringen, was eher mehr Industrie braucht als weniger. Darüber sollten Sie mal nachdenken, ob das wirklich eine Prioritätensetzung im Sinne der Bürger dieses Landes ist. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Abgeordneter Gruhner.

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Frau Präsidentin, herzlichen Dank. Ich will zunächst noch mal sagen – deswegen bin ich auch gern noch mal hier nach vorn gegangen –, dass ich sehr dankbar für diese Debatte bin, denn diese Debatte macht eines – finde ich – sehr schön deutlich: Auf der einen Seite sitzen jene, die Klimawandel leugnen, die im Gestern verharren

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Leugnen! Leugnen!)

und die ignorieren, dass es Naturkatastrophen gibt. Um auf Ihr Beispiel mit dem Fenster einzugehen: Wenn Sie sich darüber beschweren, dass irgendwo geheizt wird und die Fenster offen sind, empfehle ich Ihnen, einfach das Fenster zuzumachen.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Ich glaube, das wäre der wirksamste Beitrag zum Klimaschutz. Im Übrigen geht das auch ohne Klimaschutzgesetz, da sind wir uns einig. Auf der einen Seite diejenigen, die den Klimawandel leugnen, auf der anderen Seite sitzen jene, die Energiewende und Klimaschutzpolitik mit der Brechstange wollen. Und dann gibt es jene in der Mitte, die auf Maß und Mitte, die auf Augenmaß setzen.

(Beifall CDU)

Das ist übrigens der Unterschied, wie wir in diesem Land – egal ob auf Bundes- oder Landesebene – Energie- und Klimaschutzpolitik verstehen. Die einen leugnen Klimawandel und die anderen übertreiben es völlig.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Sie machen Vogel-Strauß-Politik!)

Deswegen braucht es eine ordnende Kraft in der Mitte, die auf Augenmaß, die auf Maß und Mitte achtet, und genau darum geht es. Deswegen will ich Ihnen ein Zweites sagen, weil Sie sich hier immer hinstellen – und das haben Sie schon beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt probiert – und sagen: All jene, die unserem Weg nicht folgen, sind per se Verweigerer von Politik. Da sage ich Ihnen ganz klar: So geht das Spiel nicht.

(Beifall CDU)

Sie verfahren leider nach dem Motto: Lieber schlecht machen als gar nichts machen. Bevor wir hier irgendwelche Klimaschutzgesetze verabschieden, die am Ende Bürger, Kommunen und Wirtschaft mit mehr Bürokratie belasten, sagen wir lieber: Es ist richtig, dass wir eine Rahmensetzung im Bund haben, dass wir die konsequent verfolgen und unterstützen, aber dass wir nicht hergehen

(Abg. Gruhner)

und Gesetze ins Werk setzen, die am Ende mehr kaputt machen, als sie nach vorne bringen. Auch das ist ein deutlicher Unterschied.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Sie sind doch zur Diskussion eingeladen!)

Weil Sie sich hier hinstellen und sagen, wir hätten nicht gesagt, was wir wollen, sage ich Ihnen: Sie sollten vielleicht nicht nur rumschreien, sondern auch mal zuhören. Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie gehört, dass ich gesagt habe, dass wir durchaus favorisieren, einen Klimaschutzplan auf den Weg zu bringen wie es Schwarz-Grün mit grüner Beteiligung – wie der Name sagt – offenkundig gemacht hat, weil wir der festen Überzeugung sind, dass wir kein Gesetz – das habe ich vorhin alles ausgeführt – an dieser Stelle brauchen.

Nun hat Herr Kollege Adams vorhin dazwischen gerufen und sich auch noch mal bei Twitter ausgebreitet und gesagt, es wäre ja ein Widerspruch, in den wir uns in unserer Argumentation begeben, wir müssten uns mal entscheiden, ob wir das Gesetz bissig oder zahnlos finden. Also, unsere Argumentation ist völlig klar. Das, was ich hier gesagt habe – und das will ich auch noch mal wiederholen –, ist doch Folgendes: Wir haben noch vor wenigen Monaten über einen Gesetzentwurf diskutiert, der massive Belastungen für die Wirtschaft, Bürger und Kommunen gebracht hätte. Massivere Belastungen als das, was jetzt vorliegt. Das ändert doch aber nichts daran, dass das, was jetzt hier vorgelegt wurde, dennoch eine Belastung bleibt. Deswegen freue ich mich natürlich, dass diese Ministerin koalitionsintern gescheitert ist, dass sie gescheitert ist mit Zielen, die weit, weit über das hinausgegangen wären, was irgendwas mit Maß und Mitte zu tun hat. Aber es ändert nichts daran, dass das, was sie jetzt vorgelegt hat, eine Belastung für die Wirtschaft bleibt, dass es Bürokratie bedeutet,

(Beifall CDU)

dass es Mehrbelastung für Kommunen bedeutet. Gucken Sie mal in das Gesetz, lesen Sie es, die Thüringer Wirtschaft wird es Ihnen auch sagen. Deswegen gibt es keinen Widerspruch. Dieses Gesetz – da geht es nicht um bissig oder zahnlos, es geht darum, dass es Mehrbelastungen für Wirtschaft und Bürger bringt.

(Beifall CDU)

Dann will ich einen letzten Punkt sagen, weil das Thema SuedLink hier angesprochen wurde und weil vom Kollegen Harzer hier auch unser Kollege Hauptmann aus dem Deutschen Bundestag angeführt wurde. Ich kann mich nicht erinnern – weil Sie hier den Eindruck erweckt haben, man könne das jetzt mit einem Gesetz einfach so mal wegwischen –, dass in irgendeinem bundesdeutschen Gesetz drinsteht, dass Trassen durch Thüringen verlaufen müssen. In diesen Gesetzen – und da sind wir uns, glaube ich, sogar einig – steht, dass es ein Bündelungsprinzip geben muss und dass ein Geradlinigkeitsprinzip geben muss. Genau deswegen haben wir als Union – und das gilt für den Kollegen Hauptmann genauso wie für uns hier in der Landtagsfraktion – immer gesagt, die Trasse muss an der A7 entlang gebündelt werden. Die Bundesnetzagentur hat im Übrigen ja auch noch nicht abschließend entschieden, wo der Korridor sein wird und deswegen kann ich uns nur alle auffordern und darum bitten, dass wir jetzt nicht innerhalb Thüringens das Spiel beginnen

(Abg. Gruhner)

und sagen, der Kollege Hauptmann müsste das und die müssten das und die müssten jenes. Nein, wir müssen uns gemeinsam dafür einsetzen, dass das, was bisher noch nicht festgelegt ist, nämlich ein Trassenkorridor, ein zwingender Korridor durch Thüringen – wir müssen uns dafür einsetzen, dass das so nicht kommt und da sind alle gefragt. Da sind die Kollegen im Bundestag gefragt, da ist die Landesregierung gefragt, die ja auch schon einen Vorschlag gemacht hat, will ich gar nicht negieren, da ist die Umweltministerin gefragt, die im Übrigen im Beirat der Bundesnetzagentur sitzt, da sind alle gefragt. Deswegen ist das hier nicht ein Spiel, dass man jetzt mal Verantwortung hin und her schiebt, sondern dass man gemeinschaftlich daran arbeitet, dass SuedLink nicht durch Thüringen verläuft. Das steht in keinem Gesetz und

(Beifall CDU)

und das ist auch nicht entschieden und jetzt liegt es an uns, geschlossene Fronten gegen diese Trasse zu bilden. Schönen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Gruhner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Harzer?

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Ja.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Harzer, bitte.

Abgeordneter Harzer, DIE LINKE:

Herr Abgeordneter Gruhner, Sie gehen doch bestimmt mit mir konform, wenn ich sage, dass der SuedLink, SuedostLink durch ein Gesetz auf Bundesebene, durch das Bundesbedarfsplangesetz, beschlossen worden ist? Ich denke, ich frage Sie jetzt einfach, gehen Sie mit mir auch konform, dass durch eine Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes im Deutschen Bundestag dieser SuedLink auch herausgenommen werden könnte und damit obsolet wäre?

Abgeordneter Gruhner, CDU:

Also, die Frage ist ja, ob wir generell, Sie haben die Frage gestellt, ob wir generell Trassen brauchen oder nicht. Da will ich Ihnen sagen, Strom kann man schlecht in Tüten von Nord nach Süd tragen. Deswegen

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Ich habe Sie gefragt, ob Sie das Gesetz ändern wollen oder ob man das Gesetz ändern kann!)

braucht es selbstverständlich auch Trassen, aber das, was wir immer gesagt haben, ist, Thüringen kann nicht erstens der Lastesel sein und deswegen kann es nicht sein, dass die dritte Trasse durch Thüringen geht und zweitens haben wir gesagt, es gibt auch sachliche Argumente, die ganz klar sagen, dass diese Trasse nicht durch Thüringen gehen muss. Ich wiederhole es noch mal,

(Abg. Gruhner)

Bündelungsprinzip, Geradlinigkeitsprinzip A7 – das ist eine saubere Argumentation, die haben wir gemacht und dabei bleiben wir auch. So viel zu Ihrer Frage.

(Zwischenruf Abg. Kummer, DIE LINKE: Sagt das auch Ihre Bundestagsfraktion?)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Was sagen die Kollegen aus Hessen?)

Dann nutze ich noch die Gelegenheit neben den Ausschüssen, die beantragt waren, noch zu beantragen, dass wir das Gesetz auch mitberatend an den Ausschuss für Inneres und Kommunales überweisen. Vielen Dank.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Frau Ministerin Siegesmund hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Debatte lässt erahnen, dass es auch im Ausschuss munter weitergehen wird. Herzlichen Dank für den Austausch. Zwei, drei Punkte will ich aber vorab einfach noch mal richtigstellen. Natürlich geht es darum, Herr Gruhner, zu sagen – ich will mal beim Thema Wind beginnen –, dass wir uns in dem Ziel des Ausbaus der Windenergie mit Augenmaß durchaus sehr einig sind, und ich weiß nicht, wie Sie darauf kommen, dass gerade diese Landesregierung nicht alles, wirklich alles dafür tut, die Akzeptanz für diesen Ausbau zu steigern. Diese Landesregierung hat gemeinsam mit der Landesenergieagentur das Siegel „Faire Windenergie“ entwickelt.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Dann ist doch alles gut!)

Zehn Punkte, die deutlich machen, da, wo übrigens die Regionalen Planungsgemeinschaften Windvorrangflächen ausweisen – das macht ja weder meine Kollegin Keller noch ich noch irgend jemand, das machen die Regionalen Planungsgemeinschaften –, da gilt für die Gemeinde, wenn man sich diesem Siegel unterwirft, eine faire Beteiligung vor Ort. Damit meine ich sowohl, was die Diskussion als auch was die finanzielle Beteiligung angeht, und damit sind wir bundesweit führend. Und nicht nur dass dieses Siegel durch die ThEGA bundesweit nachgefragt wird, sondern auch vorgeschlagen wird für den Deutschen Umweltpreis, zeigt doch, dass erkannt wurde und gerade in Thüringen erkannt ist, dass es natürlich um Beteiligungsprozesse geht, und ich will Sie da auch nicht einfach rauslassen. Sie sagen „Windenergie mit Augenmaß“ – ich meine, die Deutsche WindGuard hat für 2017 gerade die Zahlen veröffentlicht. Da sind wir bundesweit beim Ausbau der Windenergie auf Platz 11, übrigens nach Baden-Württemberg, Hessen, Bayern – Bayern! –, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und anderen. Da sind wir auf Platz 11 und da sage ich Ihnen: Was ist denn das anderes als Windenergieausbau mit Augenmaß? Sie tun ja immer so, als gäbe es das und nichts anderes. Und wir werben für Akzeptanz. Ich habe Ihnen gesagt, wie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Ministerin Siegesmund)

Wir erzählen auch keine Märchen, nämlich genau das ist Augenmaß. Und was Sie mir nach wie vor schulden – da bin ich auf die Debatte im Ausschuss gespannt –, ist, dass Sie mir sagen, wo. Sie sagen „Ausbau mit Augenmaß“, Sie sagen nie, wo!

(Zwischenruf Abg. Gruhner, CDU: Nicht im Wald beispielsweise!)

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo dann?)

Ich will von Ihnen irgendwann mal wissen, von Ihnen und Ihrer Fraktion, wo in Gottes Namen soll das in Thüringen stattfinden, lieber Herr Gruhner.

Jetzt steht ja Wind synonym genauso übrigens wie Sonne. Ich bin der festen Überzeugung, wir brauchen dringend einen Schub bei dem Thema „Photovoltaik“, übrigens auch weil die Diskussion, die derzeit geführt wird, vor allen Dingen dahin geht, dass in Thüringen mit viel ländlichem Raum die Energiewende vor allem im ländlichen Raum stattfindet, und die muss genauso in die Städte, und zwar auf die Dächer. Und dann sagen wir nicht nur, dass wir das wollen, sondern wir legen auch die Grundlage dafür, dass das stattfinden kann, Herr Gruhner. Und wie machen wir das? Indem wir in den nächsten Wochen ein Solarkataster für das gesamte Land veröffentlichen. Da können Sie Ihr Haus eingeben mit Ihrer Straße, Ihrem Wohnort und sehen: Ist mein Haus geeignet, dass ich Energiewende mitmache? Ich will Sie einladen, dass Sie dabei sind und Ihren Teil dazu beitragen.

Und noch einmal zu dieser Frage: Wo leben wir eigentlich und findet der Klimawandel statt? Ich muss Ihnen sagen, Herr Kießling, Herr Möller, ich habe nichts anderes erwartet, aber es gibt diese wunderbare Einrichtung der Bundeszentrale für politische Bildung, wo das Buch „Klimafakten“ kostenfrei bestellt werden könnte. Auf die Debatte im Ausschuss, auch mit Ihnen, freue ich mich. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Es geht doch darum, ob der Klimawandel menschengemacht ist!)

Vizepräsidentin Jung:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das kann ich nicht erkennen.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Zunächst stimmen wir über die Überweisung an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der CDU. Gegenstimmen? Die Fraktion der AfD. Stimmenthaltungen? Solche kann ich nicht erkennen. Damit ist der Gesetzentwurf an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz überwiesen.

Es ist die Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft beantragt. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das sind Teile der Fraktion der AfD und Teile der Fraktion der AfD haben dagegen gestimmt. Damit ist die Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft beschlossen.

(Vizepräsidentin Jung)

Wir kommen zur Überweisung an den Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der CDU. Gegenstimmen? Das ist die Fraktion der AfD. Damit ist die Ausschussüberweisung beschlossen.

Wir kommen zur Überweisung an den Innen- und Kommunalausschuss. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die CDU-Fraktion und Teile der SPD-Fraktion. Gegenstimmen? Das sind die Mehrheit der Koalitionsfraktionen und die AfD-Fraktion. Damit ist die Ausschussüberweisung an den Innen- und Kommunalausschuss abgelehnt.

Wir stimmen nun über die Federführung ab. Die Federführung sollte beim Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz sein. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Koalitionsfraktionen und die CDU-Fraktion. Gegenstimmen? Stimmenenthaltungen? Das ist die AfD-Fraktion. Damit ist die Federführung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Naturschutz festgelegt.